

Wahlprüfsteine der demokratischen Parteien zum Thema „Vor dem Hintergrund, dass vor allem junge Menschen von den Folgen des Klimawandels betroffen sein werden, wie stellen Sie sicher, dass ihre Stimme gehört wird?“

CDU/CSU:

Die Stimmen der jungen Menschen werden gehört. CDU und CSU setzen sich für den Klimaschutz als prioritäre Aufgabe ein. Unser Ziel ist, die Treibhausgasemissionen Deutschlands bis 2030 um 65 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren, um im Jahr 2045 Treibhausgasneutralität zu erreichen. Deutschland wird hier als Industrieland eine große Verantwortung übernehmen und die Sektoren dekarbonisieren. Auf dem Weg zur Klimaneutralität setzen wir auf effiziente marktwirtschaftliche Instrumente, wie z. B. den Emissionshandel. Wir setzen u. a. auf den Ausbau erneuerbarer Energien und eine nachhaltige Mobilität und wollen die energetische Sanierung von Häusern und Wohnungen fördern.

DIE GRÜNEN:

Mit einem Nationalen Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung wollen wir GRÜNE sicherstellen, dass alle Kinder und Jugendlichen über ihre Rechte informiert sind und unabhängig vom soziokulturellen Hintergrund und vom Aufenthaltsstatus, altersgerecht und niedrigschwellig Beteiligung leben können. Um möglichst breite Bündnisse für eine verfassungsändernde Wahlalterabsenkung schmieden zu können, wollen wir das Wahlalter für Bundestags- und Europawahlen in der kommenden Legislaturperiode auf 16 Jahre absenken. Auf Basis einer Evaluation des Wahlalters 16 wollen wir das Wahlalter ggf. weiter absenken.

DIE LINKE

DIE LINKE setzt sich schon lange für die Absenkung des Wahlalters ein (vgl. Antwort auf Frage 8). Unser Wahlprogramm steht unter dem Motto "Klimagerechtigkeit", die ausdrücklich auch die Generationengerechtigkeit meint. Doch Politik findet nicht nur in den Parlamenten statt. Wir unterstützen die Bewegung Fridays for Future und die globalen Klimastreiks. Mit ihnen und anderen von Jugendlichen getragenen Klimaaktionen stehen wir in regelmäßigem Kontakt, haben einige der Forderungen aufgegriffen und über unsere Bundestagsfraktion in den Bundestag eingebracht. Darüber hinaus fordern wir einen Paradigmenwechsel in der Jugendpolitik: weg von Fremdbestimmung und Restriktion, hin zu Selbstbestimmung und Kommunikation auf Augenhöhe.

FDP:

Wir Freien Demokraten fördern zivilgesellschaftliches Engagement und stehen auch in einem intensiven Dialog mit zivilgesellschaftlich organisierten jungen Menschen, um deren Ideen und Forderungen in unsere politische Entscheidungsfindung einzubeziehen. Zudem fordern wir eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre für die Wahlen zum Deutschen Bundestag und Europäischen Parlament. Als Voraussetzung dafür ist die politische Bildung an allen Schulformen zu verstärken.

SPD:

Wir wollen das Wahlalter für junge Menschen auf 16 Jahre senken. Zudem müssen Kinder und Jugendliche auf allen Ebenen an politischen Prozessen beteiligt werden. Jugendverbände und bestehende Beteiligungsstrukturen wie Jugendringe, Kinder- und Jugendparlamente wollen wir dauerhaft und nachhaltig finanzieren und jedes neue Gesetz einem Jugend-Check unterziehen.

KINDER ARMUT STÄRKEN
– ARMUT ABSCHAFFEN!

Veröffentlicht von:

Bundesjugendwerk der AWO e.V.
Michaelkirchstraße 17/18
10179 Berlin
Tel.: (+49) 30-259 272 8-506
Fax: (+49) 30-259 272 8-60
E-Mail: info@bundesjugendwerk.de
www.bundesjugendwerk.de